

<b>Antrag</b>	Datum	Nummer
Öffentlich	16.11.2010	1694/10
Absender Fraktion BIBS Platz der Deutschen Einheit 1 38100 Braunschweig		
Adressat Oberbürgermeister Dr. Hoffmann Platz der Deutschen Einheit 1 38100 Braunschweig		
Gremium Rat	Sitzungstermin 16.11.2010	
Betreff Schulsanierung statt PPP-Rettung!		

### **Dringlichkeitsantrag**

Der Rat der Stadt Braunschweig stellt fest:

„Für die Stadt Braunschweig ist es wichtiger, Schulen zu sanieren als ein PPP-Projekt durchzuführen“

#### Begründung der Dringlichkeit:

Laut Bericht der Braunschweiger Zeitung vom 10.11.2010 gehen die Stadt und die Beraterfirma KPMG, die in Braunschweig alle wesentlichen Privatisierungen durchgeführt hat, getrennte Wege. KPMG wollte sogar nachträglich die beim Notar hinterlegte Kostenaufstellung der Stadt ändern.

Alle fünf Angebote privater Firmen, die die Sanierung von Schulen und Kitas übernehmen wollten, waren höher als die Summe, die die Stadt veranschlagt hat, wenn die Sanierung in Eigenregie erfolgen würde. Angesichts des dringenden Sanierungsbedürfnisses in Braunschweiger Schulen und Kitas ist es nicht hinnehmbar, dass die Stadt weitere Monate (voraussichtlich bis Mai 2011) verstreichen lässt, nur um ein PPP-Projekt zu retten.

Gez.  
Peter Rosenbaum

## Anlage:

BIBS-Fraktion Peter Rosenbaum Platz der Deutschen Einheit 1  
Rathaus 38100 Braunschweig

Stadt Braunschweig  
Oberbürgermeister Dr. Hoffmann  
Platz der Deutschen Einheit 1  
38100 Braunschweig

**Peter Rosenbaum**  
BIBS-Ratsherr  
im Rat der Stadt Braunschweig  
Platz der Deutschen Einheit 1  
38100 Braunschweig

0531/ 470-2181  
peter.rosenbaum@bibs-fraktion.de

Braunschweig, 12. November 2010

### **Vergabeverfahren für ein PPP-Projekt zur Sanierung und zum Betrieb von Schulen und Kindertagesstätten (Ds. 13845/10)**

Sehr geehrter Herr Dr. Hoffmann,

mit Ratsbeschluss 22. Sept. 2009 wurde ein Vergabeverfahren zur Umsetzung eines PPP-Projektes für Schulen und Kindertagesstätten eingeleitet. Dabei werden zweistellige Millionenbeträge bewegt, das Vergabeverfahren selbst kostet der Stadt mehr als eine Millionen Euro. Nun konnte das Vergabeverfahren nicht erfolgreich durchgeführt werden und der Verwaltungsausschuss beschloss grundlegende Änderungen des Verfahrens.

Die BIBS-Fraktion äußert rechtliche Bedenken, wieweit derart gravierende Änderungen am Rat vorbei vorgenommen können. Sie bittet die Verwaltung, den Rat über die Gründe und Umstände der Veränderungen umfassend zu informieren, ebenso über die Rechtmäßigkeit einer Umstrukturierung des vom Rat beschlossenen Vergabeverfahrens durch den Verwaltungsausschuss.

Darüberhinaus bitten wir Sie, Fragen zur Verwaltungsvorlage zu beantworten, so z.B. was "bedeutende" Überschreitung des PSC Wertes durch die fünf privaten Anbieter in Zahlen bedeutet, inwiefern KPMG versucht hat, Zwang auf die Stadt auszuüben und ob die Weiterführung des PPP-Verfahrens aus Gründen der Wirtschaftlichkeit überhaupt zulässig ist, nachdem die PPP-Angebote allesamt deutlich über dem städtischen PSC-Wert der Eigenerledigung liegen.

Wir bitten Sie, den VA-Beschluss bis zur Klärung der Rechtmäßigkeit auszusetzen, die Beschlussvorlage transparent zu machen und sie dem Rat zur Einsicht und Erörterung vorzulegen.

Gez.  
Peter Rosenbaum  
BIBS-Ratsherr